

Die Wernigeröder Sozialdemokraten fanden diesen Fernsehchat nun im Archiv des Südwestfunks und präsentierten diese TV-Erinnerung in ihrer monatlichen öffentlichen „MittenDrin“-Veranstaltung.



Siegfried Siegel und Hans-Ulrich Werther während der Gründung.

Zudem berichteten in einer Podiumsdiskussion vor wenigen Tagen Zeitzeugen wie Siegfried Siegel und Wilfried Obermüller von der Gründung der SPD-Ortsgruppe am 2. Januar 1990, von ihren politischen Vorstellungen nach der Herbstrevolution, von den spannenden Ereignissen, die täglich neu auf sie einströmten, von ihren politischen Erfolgen (Siegel ist seit 1990 Stadtrat in Wernigerode und war erster Vorsitzender des SPD-Ortsvereins; Obermüller ist vor allem bekannt als langjähriger Ilseburger Bürgermeister) und von den naturgemäß nicht zu vermeidenden politischen Niederlagen in den letzten 30 Jahren. Mit Elke Wesche, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins „Vor dem Herzogtore“ in Wolfenbüttel, blickte auch eine Niedersächsin quasi von außen auf die Umbruchzeit in Wernigerode und in der DDR und äußerte ihre Hochachtung vor dem Mut der im Herbst 1989 ihre Freiheit erkämpfenden Ostdeutschen. Die DVD der SWR-Dokumentation mit dem Titel „Augen zu und durch“ ist übrigens in der Harzbücherei ausleihbar. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Ortsverein Wernigerode
Breite Straße 84
38855 Wernigerode

Email: info@spd-wernigerode.de
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins:
Karsten Barner
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion:
Kevin Müller
Redaktion: Karsten Barner, Rolf Harder,
Kevin Müller

V.i.S.d.P. Karsten Barner,
SPD-Ortsvereinsvorsitzender

„WIR MÜSSEN DEN HARZ NEU DENKEN!“

Kürzlich haben in Halberstadt die Harzer Kreisverbände der SPD, der LINKEN und BÜNDNIS90/GRÜNEN als gemeinsamen Landratskandidaten Maik Berger ins Rennen geschickt. Mit 96 % wurde Berger mit großer Zustimmung und viel Rückenwind gewählt und startet ab sofort in den Wahlkampf. Gleichzeitig verständigten sich die Parteispitzen auf ein gemeinsames Wahlprogramm und freuten sich über dieses historische, erstmalig im Landkreis geschlossene Bündnis.

Maik Berger zieht damit als gemeinsamer Kandidat der fortschrittlichen Kräfte im Landkreis in das Rennen zur Wahl des Landrates. Er dankte den Vorständen der drei Parteien, die diesen historischen Durchbruch in der Zusammenarbeit im Landkreis ermöglicht haben. Für Maik Berger steht Bürgernähe an erster Stelle. „So habe ich zum ersten Mal in meiner Gemeinde in Aderstedt eine Bürgerbefragung durchführen lassen, setze mich für die kommunalen Radwegeplanungen ein und bin seit 2019 erster Sprecher und Initiator der Bürgerinitiative „Freie Sicht auf Huy und Bruch.“, begann Maik Berger seine Vorstellungsrede in Halberstadt.

„Meine Kandidatur soll ein Zeichen des Aufbruchs, des Neuanfangs sein. Wir müssen den Harz neu DENKEN. Im Gegensatz zum Landratskandidaten der CDU haben wir parteiübergreifend 13 Schwerpunkte für den Wahlkampf definiert, die aus den Kreiswahlprogrammen der drei Bündnispartner und in intensiven Gesprächen mit den Vorständen und mir entstanden sind, u.a.: Wohin sollen sich Schulen und Kitas entwickeln? Wie geht es mit dem ÖPNV weiter? Wie stehe ich zur Krankenhausstruktur? Was bedeuten für mich kommunale Partnerschaften, Wirtschaftsförderung und Tourismus? Wie kann der ländliche Raum gestärkt und die Digitalisierung vorangebracht werden? Welche Herausforderungen haben wir im Natur- und Klimaschutz?“

Ich möchte ein Zeichen für Demokratie, Toleranz, Vielfalt und Bürgernähe, für eine wirtschaftlich starke, sozial gerechte und für eine ökologisch fortschrittliche Region setzen“, fasste Maik Berger seine Ambitionen zusammen.

Nähere Informationen zu seinen Motiven und zu seiner Person findet man im Internet unter berger2020.de. ■



Foto (Kurt Neumann) v.l.n.r.: Michael Körtge (stellv. Kreisvorsitzender Die Linke Harz), Prof. Dr. Bernhard Zimmermann (Kreisvorsitzender Bündnis90/Grüne), Maik Berger (Landratskandidat SPD), Susan Sziborra-Seidlitz (Landesvorsitzende Bündnis90/Grüne), Tobias Kascha (Kreisvorsitzender SPD-Harz), Carsten Nell (Fraktionsvorsitzender Die Linke im Kreistag)

Besuchen Sie uns online:
spd-wernigerode.de

Folgen Sie uns auf Facebook
facebook.com/spd-wernigerode

BÜRGERNACHRICHTEN DER SPD ORTSVEREIN IM DIALOG



FINANZIERUNGSNOT IN DER PFLEGE – WIE KANN DIE LAGE VERBESSERT WERDEN?



Im November lud der SPD-Ortsverein Wernigerode wieder zu seiner regelmäßigen Diskussionsplattform „MittenDrin“ in das neue Argenta-Cafe von Hasserode ein. Anlass für diesen Abend war die Diskussion zum komplexen Thema der Pflegefinanzierung. Mit Sandra Lewerenz als Geschäftsführerin der Gemeinnützigen Gesellschaft für Sozialeinrichtungen in Wernigerode (GSW) sowie dem Wirtschaftsprüfer Jens Landfeld, Geschäftsführer der CONSILIARIS GmbH Steuerberatungsgesellschaft, folgten zwei fachkundige Experten auf dem Gebiet der Einladung der Sozialdemokraten.

Beide erläuterten die Grundstruktur der Kostenfinanzierung der Pflegeplätze in einem stationären Pflegeheim und stellten diesem die finanzielle Lage von ambulanten Pflegediensten gegenüber. Die Geschäftsführerin der GSW legte die Kostenentwicklung eines Pflegeplatzes an einem Beispiel einer Wernigeröder Einrichtung dar, welches Jens Landfeld mit überregionalem Einblick abrundete. Steigende Tariflöhne und notwendige Investitionen in die Gebäude führen bei einem gedeckelten Zuschuss der Pflegekassen zu immer höhere Eigenanteile bei den Bewohnern. Eine Preisspirale, welche durch den Fachkräftemangel in der Branche und dem zunehmenden Pflegebedarf immer weiter befeuert wird. Dies schafft bei den Betroffenen teilweise unzumutbare finanzielle Belastungen und führt letztendlich zum Antrag auf Sozialhilfe.

Unter der Moderation von Michael

Höppner entwickelte sich ein lebhafter Austausch zur aktuellen Finanzierungs- und Überregulierungssituation, welche nicht direkt den Pflegebedürftigen zugutekommt. Sandra Lewerenz und Jens Landfeld waren sich einig, dass nur zusätzliche Gelder im System keine Entlastung bringen werden. Das streng regulierte System muss selbst reformiert werden. Die Einrichtungen sollten mehr Flexibilität bei der Pflege am Menschen durch Entlastung der aufwendigen Pflegedokumentation bekommen. „Die Modernisierung dieses Systems für den stetig steigenden Pflegebedarf in der Zukunft bei knappen personellen Kapazitäten stellt die Gesellschaft vor eine große Herausforderung“, wie Michael Höppner die Problematik zusammenfasst. Zum Abschluss ergänzte eine Teilnehmerin zutreffend, dass auch jeder Einzelne mit der Verantwortung zu seiner eigenen Gesundheit einen Teil zu dieser gesellschaftlichen Herausforderung beitragen kann. ■

HISTORISCHES BÜNDNIS IM LAND- KREIS HARZ STEHT



Die Mitgliederversammlung der SPD-Harz hat mit 96,5 % Maik Berger zu ihrem Landratskandidaten gewählt. Damit wird er am 05.07.2020

als gemeinsamer Kandidat von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bei der Landratswahl des Harzkreises antreten. „Ich freue mich nun auf den bevorstehenden Wahlkampf mit vielen Unterstützern“, so Berger. Erfahren Sie mehr auf [Seite 4](#).



Liebe Wernigeröderinnen und Wernigeröder,

wir leben in turbulenten Zeiten. Die Wahl von Thomas Kemmerich zum neuen Ministerpräsidenten Thüringens verdeutlicht, dass politische Bündnisse zwischen den Parteien rechts der Mitte und der AfD nicht mehr kategorisch ausgeschlossen sind. Die Äußerungen des Harzer CDU-Chefs unterstützen den Wunsch „das Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen“. In diesen Wochen feiern wir den 75. Jahrestag zur Befreiung der Deutschen von der Naziherrschaft. Dieses Jubiläum sollte uns eins verdeutlichen: Nie wieder Faschismus. Nie wieder Auschwitz. Dieses Leitmotiv sollten wir alle verinnerlichen und unsere Schlüsse aus einer möglichen Zusammenarbeit mit der neuen Rechten ziehen.

Am 5. Juli wählen wir einen neuen Landrat für unseren Landkreis Harz. Das Bündnis aus SPD, Linken und Grünen unterstützt erstmals einen gemeinsamen Kandidaten für die Leitung unseres Kreises. Mit Maik Berger darf ich Ihnen unseren Bewerber vorstellen, der sich durch eine klare Kante auszeichnet und sich fest für unsere plurale, demokratische Gesellschaft einsetzt. Mehr Informationen zu seiner Vita und seinen wichtigsten Zielen können Sie auf der letzten Seite finden. Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Frühling!

Ihr Karsten Barner
Vorsitzender der Wernigeröder SPD

WILLINGMANN: „SACHSEN-ANHALT BRAUCHT EINE VERLÄSSLICHE REGIERUNG!“

Zahlreiche Großansiedlungen mit Hunderten neuen Arbeitsplätzen, Export-Rekorde, ungebrochenes Wachstum im Tourismus, ein neuer, einzigartiger Forschungsflughafen in Cochstedt – Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Prof. Dr. Armin Willingmann von der SPD zieht nach gut dreijähriger Amtszeit eine kurze Bilanz und erklärt im Interview, weshalb die nächste Landtagswahl für Wernigerode, den Harz und Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung sein wird.

Herr Willingmann, Sie sind vor vier Jahren als Quereinsteiger in die Landespolitik gewechselt, wurden zunächst Staatssekretär und wenig später Minister. Vermissen Sie manchmal Ihre alte Tätigkeit als Rektor der Hochschule Harz?

Willingmann: Natürlich denke auch ich manchmal an die Jahre seit 1999, meinen Dienstbeginn an der Hochschule Harz oder die vielen Jahre als Rektor – von 2003 bis 2016 – zurück. Ganz sicher gehört der Campus Wernigerode zu den schönsten Arbeitsplätzen, den ich mir vorstellen kann. Erfreulich an meiner jetzigen Tätigkeit ist aber auch, dass ich als zuständiger Minister ja weiterhin der Hochschule Harz verbunden bleibe und meine Erfahrungen als Rektor wie auch als Präsident der Landesrektorenkonferenz in der Wissenschaftspolitik auf Landes- und Bundesebene einbringen kann. Mir ist es zudem wichtig, die enge Bindung zu meiner neuen Heimat zu bewahren; deshalb wohne ich auch weiterhin mit meiner Familie in Wernigerode, engagiere mich hier seit 2009 kommunalpolitisch für die SPD als Mitglied des Stadtrats. Gerade in der Landespolitik ist es von Vorteil, wenn man um die Herausforderungen auf kommunaler Ebene weiß.

Wie fällt Ihre Bilanz nach drei Jahren als Landesminister aus?

Willingmann: Es gab 2016 verschiedene Gründe für den Wechsel aus der Leitung der Hochschule Harz in die Landespolitik: Ein wesentlicher Grund war, die für die Entwicklung unseres Landes so wichtige Wissenschaftslandschaft wieder in ruhiges Fahrwasser zu bringen und zukunftsfest auszurichten. Hier hatte

überzogenes Sparen und vermeintliche Strukturpolitik der Vorjahre reichlich Vertrauen zerstört und unnötige Unsicherheit erzeugt. Ich hatte schon als Rektor der Hochschule Harz und langjähriger Präsident der Landesrektorenkonferenz dafür gekämpft, dass unsere Universitäten und Hochschulen im Land nicht kaputtgespart werden. Bei den Verhandlungen des Vertrages für die Kenia-Koalition konnten wir sodann im Frühjahr 2016 einen finanzpolitischen Kurswechsel vereinbaren. Das Land investiert wieder in Polizei, Schulen, Infrastruktur und eben auch in seine Hochschulen, in Forschung und Entwicklung. Es ging 2016 aber auch darum, der Wirtschaft mehr Dynamik zu geben und den Stillstand in Sachsen-Anhalt zu überwinden. Nach meinem Eindruck ist uns auch das gelungen...

Welche Weichenstellungen haben Sie in der Wirtschaftspolitik vorgenommen?

Willingmann: Wir haben bereits 2017 die Wirtschaftsförderung entbürokratisiert und stärker auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet. Wir haben mit dem Mittelstands- und Gründerdarlehensfonds neue finanzielle Starthilfen für Gründer geschaffen und mit der Einführung der Meistergründungsprämie das Handwerk gestärkt. Und nicht zuletzt haben wir die Wirtschaft und Wissenschaft stärker verknüpft. Denn viele Unternehmen in Sachsen-Anhalt sind zu klein, um sich eigene Forschungsabteilungen leisten zu können. Deshalb ist es für sie wichtig, mit den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen unseres Landes zu kooperieren, um ihre Produkte weiterzuentwickeln und wettbewerbsfähig zu bleiben. In Zeiten des Fachkräftemangels bilden unsere Hochschulen außerdem einen wesentlichen Teil der Nachwuchskräfte aus, auf die unsere Unternehmen angewiesen sind.

Ist die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt jetzt für schwierigere Zeiten gerüstet?

Willingmann: Gerade in den letzten drei Jahren hat die Wirtschaft einen deutlichen Sprung nach vorne geschafft und befindet sich trotz internationaler Krisen und Handelskonflikte in guter Verfassung. Die Arbeitslosenquote ist im



vergangenen Jahr auf 6,9 Prozent gesunken, dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Vorbei ist die Zeit, als die Quote noch – wie etwa im Jahr 2003 – bei 20 Prozent lag. Beim Lohnniveau hat Sachsen-Anhalt in Ostdeutschland inzwischen sogar die Spitzenposition eingenommen, wir sind zum Glück kein Niedriglohnland mehr, übrigens auch dank des von der SPD im Jahr 2015 durchgesetzten Mindestlohns.

Es ist uns darüber hinaus gelungen, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes deutlich zu steigern – das belegen die zahlreichen Großansiedlungen und Investitionen gerade der letzten beiden Jahre. Progroup baut für rund 500 Millionen Euro in Sandersdorf-Brehna die modernste Papierfabrik Europas, der Batteriehersteller Farasis investiert 600 Millionen Euro in ein neues Werk in Bitterfeld-Wolfen und Porsche errichtet gemeinsam mit der Schuler AG für 100 Millionen Euro ein neues Werk in Halle und in Leuna errichtet der finnische UPM-Konzern für mehr als 500 Millionen Euro eine Bioraffinerie.

Wie kommt es, dass plötzlich sehr viele Unternehmen in Sachsen-Anhalt investieren?

Willingmann: Das ist unter anderem das Ergebnis unserer gezielten Forschungsförderung und der stärkeren Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft. Große Unternehmen schauen heute im Regelfall nicht mehr danach, wo die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Technologie-Unternehmen wie beispielsweise Farasis analysieren bei Standortentscheidungen, ob es Hochschulen vor Ort gibt, die Fachkräfte und damit qualifizierten Nachwuchs aus-

bilden. Und ob es Forschungseinrichtungen gibt, mit denen kooperativ Forschungsprojekte durchgeführt werden können.

Deshalb freue ich mich beispielsweise auch sehr darüber, dass das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt den Regional-Airport Cochstedt übernommen hat, um ihn zu einem Forschungsflughafen auszubauen. Es war gut, sich nach vielen Jahren von der Illusion eines internationalen Verkehrsflughafens dort zu verabschieden und das Gelände einer neuen, modernen Nutzung zuzuführen. DLR wird in Cochstedt das nationale Erprobungszentrum für unbemannte Flugkörper errichten. Wir alle wissen, dass insbesondere die zivile Nutzung der Drohnentechnik ein wichtiges Zukunftsthema ist. Und es ist davon auszugehen, dass sich im Umfeld des Flughafens mittel- und langfristig weitere Unternehmen ansiedeln werden, die dann wiederum mit der DLR kooperieren.

Welche Rolle spielt denn bei Ansiedlungen die Wirtschaftsförderung des Landes?

Willingmann: Auch wenn Fachkräfte und Forschungsinfrastruktur stärker bei Ansiedlungsentscheidungen in den Fokus gerückt sind, spielt auch eine unbürokratische Wirtschaftsförderung im Sinne der Unternehmen weiterhin eine wichtige Rolle. Deshalb haben wir auch im Rahmen der Haushaltsverhandlungen um diese Ansätze gekämpft. Im Wettbewerb um Unternehmen brauchen wir aber auch weiterhin die notwendigen finanziellen Mittel, andernfalls würden Großansiedlungen ebenso wie Unternehmenserweiterun-

gen ausbleiben. Und die Dynamik im Ansiedlungsgeschäft ist ungebrochen hoch! Das zeigt sich bei der Ansiedlung von UPM in Leuna, bei Porsche/Schuler in Halle, bei der Progroup in Sandersdorf-Brehna oder auch beim Engagement des japanischen Brennstoffzellen-Spezialisten Horiba, der seinen Standort bei Magdeburg für 30 Millionen Euro erweitert. Stets konnten wir im Wettbewerb um diese Unternehmen auch auf unser Förderinstrumentarium zurückgreifen. Das muss auch so bleiben, denn der Wettbewerb um Ansiedlungen ist inzwischen deutlich internationaler geworden.

Worin besteht denn aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung für Sachsen-Anhalt?

Willingmann: In Sachsen-Anhalt neigen wir ja dazu, bei neuen Entwicklungen vor allem die Risiken in den Blick zu nehmen. Ich werbe dafür, dass wir die Chancen nutzen, die beispielsweise die Digitalisierung oder der Wandel in der Autoindustrie zu bieten haben. Wenn wir in Sachsen-Anhalt weiter wirtschaftlich voran kommen wollen, müssen wir alles dafür tun, dass wir zu den Gewinnern von Veränderungen zählen. Mit der Ansiedlung von Batterie- und Brennstoffzell-Spezialisten sind wir schon gut im Rennen und entwickeln uns zu einem Land der Zukunftstechnologien.

Nachdem der Breitbandausbau viele Jahre deutlich zu langsam vorangekommen ist – übrigens bis 2016 unter der Regie der CDU-geführten Staatskanzlei – holen wir seit 2016 auch dort mit großen Schritten auf: Der Anteil der

Haushalte mit schnellem Festnetz-Internet (mind. 50 Mbit/s im Download) stieg in Sachsen-Anhalt von 48,4 (Ende 2016) auf 74 Prozent (Mitte 2019). Wir haben darüber hinaus auch jenseits des Breitbandausbaus äußerst erfolgreiche Förderprogramme insbesondere für die Digitalisierung in Unternehmen aufgelegt, mit denen wir die Entwicklung digitaler Produkte und Geschäftsmodelle fördern. Die größte Herausforderung für Sachsen-Anhalt sehe ich insofern momentan gar nicht in der nationalen oder internationalen Wirtschaft – sondern vielmehr darin, ob es uns auch nach der Landtagswahl gelingen wird, wieder eine verlässliche Regierung zu bilden.

Sie spielen auf die ungeklärte Haltung der CDU zur AfD an?

Willingmann: Die Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Grünen ist nach der Landtagswahl 2016 als Bündnis der Vernunft angetreten und ich finde, dass es an vielen Stellen auch gelungen ist, gute Politik umzusetzen, Erfolge zu erzielen und verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Dieses Vertrauen wird natürlich gefährdet, wenn einzelne Akteure in der CDU-Landtagsfraktion über das Versöhnen des Sozialen mit dem Nationalen oder eine Minderheitsregierung im Lande schwadronieren. Seit dem Desaster um die Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten Anfang Februar sollten alle erkannt haben, dass verlässliche Aussagen und stabile Regierungskonstellationen unerlässlich sind für erfolgreiche Politik. Ich will mir gar nicht näher ausmalen, was es heißen würde, wenn die zukünftige Landesregierung von Rechtspopulisten beeinflusst wird. ■

30 JAHRE WERNIGERÖDER SOZIALDEMOKRATIE

Die Zeit vor 30 Jahren – im Januar, Februar, März 1990 – war auch in Wernigerode eine politisch aufregende Phase. Mitte März standen die ersten freien Volkskammerwahlen in der noch existierenden DDR an. Das Machtmonopol der SED und ihrer Blockparteien war gebrochen. Neue politische Kräfte, wie die Sozialdemokratische Partei, die Grünen oder die im Bündnis 90 zusammengeschlossenen DDR-Bürgerrechtler, versuchten, sich nach ihrer gerade erfolgten Gründung zu etablieren und im Wahlkampf Gehör zu verschaffen. Auch davon berichtete eine TV-Dokumentation des SWR, die in jener Zeit in der bunten Stadt gedreht und seitdem nicht mehr öffentlich gezeigt wurde.



weiter auf Seite 4